

Unsere Anträge für die Landtagssitzung Oktober 2020

www.linksfraktionmv.de



Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Vollzug der Freiheitsstrafe in Mecklenburg-Vorpommern (Strafvollzugsgesetz Mecklenburg-Vorpommern-StVollzG M-V) [Drucksache 7/5459](#)

Im Jahre 2013 erließ der Landtag von M-V ein eigenes Strafvollzugsgesetz. Bereits damals kritisierten wir, dass der postulierte Resozialisierungsanspruch im Einzelnen nicht hinreichend umgesetzt sei und sich auch nicht kostenneutral realisieren lasse. In den vergangenen Jahren stand der Strafvollzug häufig in der Kritik. In den Medien war von regelmäßigen Einschlusszeiten von 23 Stunden täglich und unzureichenden Entlassungsvorbereitungen zu lesen und zu hören. Zudem änderte sich durch die Schließung der JVA Neubrandenburg die Organisationsstruktur im Strafvollzug des Landes. Es ist deshalb nötig, das Strafvollzugsgesetz anzupassen und zu modernisieren. Das Änderungsgesetz stellt die Resozialisierung mehr in den Mittelpunkt. Das Aufnahmeverfahren, das Diagnoseverfahren sowie die Vollzugs- und Eingliederungsplanung sollen beschleunigt werden. Die Möglichkeit zu sozialdienlichen Kontakten zur Außenwelt sollen erweitert und die Vergütungsregelungen für Gefangene verbessert werden. Außerdem nimmt es die Personalsituation mehr in den Fokus, in dem etwa eine regelmäßige Evaluierung des Personalbedarfs durchgeführt werden soll.

Dringlichkeitsantrag: Corona-Verordnungen – Parlamentsvorbehalt des Landtages wahren

Die Corona-Maßnahmen greifen seit Monaten in das Leben der Menschen ein. Freiheitsrechte sind massiv betroffen. Bislang hat darüber allein die Regierung entschieden, über Informationen in den Fachausschüssen hinaus bleibt dem Parlament nur die Zuschauerrolle. Das muss sich dringend ändern. Der Landtag muss die zahlreichen Beschränkungen im alltäglichen Leben öffentlich debattieren und durch Beschluss legitimieren. Das trägt auch dazu bei, die Akzeptanz der zahlreichen Einschnitte in der Bevölkerung zu erhöhen.

Aussprache: Für eine gerechte Agrarstruktur - Bodenmarkt regulieren

In Deutschland findet zur Zeit eine Konzentration des Bodens auch in der Hand von Nichtlandwirten statt. In Zeiten der Nullzins-Politik scheint es Aldi, Fielmann, Reemtsma, Münchner Rück und Co. eine gute Möglichkeit zu sein, Landwirtschaftsflächen aufzukaufen um damit möglichst viel Geld vom Acker zu holen und mit dem Boden zu spekulieren. Insbesondere die sogenannten share deals, also Unternehmensanteilskäufe oder gleich die Übernahme ganzer Agrarbetriebe, stehen dabei in unserer Kritik. Solche share deals laufen dabei außerhalb des Grundstückserwerbsgesetzes ab und sind weder anzeige- noch genehmigungspflichtig. Die Bodenpreise in Ost und West explodieren geradezu. So entsteht eine ungesunde Agrarstruktur, die wir nicht wollen. In Mecklenburg-Vorpommern sind derzeit mindestens 30 Prozent der Agrarflächen im Besitz von Nichtlandwirten. Immer weniger Betriebe haben noch ein Interesse an den Gemeinden und am Leben in ihnen, in denen sie tätig sind.

Qualität im Wohnmobiltourismus steigern [Drucksache 7/5455](#)

Urlaub mit dem Wohnmobil ist in den letzten Jahren immer beliebter geworden. Das belegen Verkaufs- und Zulassungszahlen. Wie viele Wohnmobiltouristen Mecklenburg-Vorpommern besuchen wird statistisch nicht erfasst. Dieser Umstand macht es unmöglich zu bewerten, ob die angebotene Infrastruktur in M-V der Nachfrage entspricht. Zur Steigerung der Qualität sollten Mindeststandards für alle Übernachtungsmöglichkeiten definiert werden. Das betrifft hauptsächlich Flächen in der freien Landschaft oder an Stränden, die ohne Entsorgungsmöglichkeiten oder Stromanschlüsse bereitgestellt werden. Damit die Wohnmobiltouristen unabhängig und spontan durch Mecklenburg-Vorpommern reisen können, wäre eine App hilfreich, die alle Übernachtungsmöglichkeiten inkl. des angebotenen Service vor Ort und den Preisen darstellt. Die Entwicklung sollte in Zusammenarbeit mit dem Campingverband geschehen und vom Land befördert werden.

Diskriminierung bei Blutspenden beenden [Drucksache 7/5456](#)

Blutspenden muss ohne Diskriminierung möglich sein! Homo- und transsexuell orientierte Menschen werden in Deutschland diskriminierend lange (12 Monate) von der Blutspende ausgeschlossen, obwohl medizinisch nur 6 Wochen notwendig wären, um eine Gefährdung anderer auszuschließen. Jede Blutspende rettet Leben! Schluss mit Diskriminierungen!

Mehr Erzieherinnen und Erzieher ausbilden -für eine bessere Qualität in der Kindertagesförderung [Drucksache 7/5457](#)

Die Personalsituation in der Kindertagesförderung ist bereits seit Langem ein großes Problem. Es gibt zu wenige Erzieherinnen und Erzieher in den Einrichtungen. Das liegt einerseits daran, dass die Personalschlüssel der Landkreise und kreisfreien Städte nicht bedarfsgerecht sind und auch die Fachkraft-Kind-Relation des Kindertagesförderungsgesetzes zu hoch ist. Eine weitere Ursache liegt darin, dass zu wenig Erzieherinnen und Erzieher ausgebildet werden. Diese Probleme wurden von SPD und CDU auf kommunaler Ebene mittlerweile auch erkannt. Während die SPD höhere Personalschlüssel fordert, sieht die CDU eine nicht angepasste Ausbildungsplatzplanung als primäre Ursache. DIE LINKE vertritt die Position, dass beide Wege gegangen werden müssen. Mit diesem Antrag wollen wir die Bestrebungen auf kommunale Ebene unterstützen.

Reichskriegsflaggen verbieten [Drucksache 7/5458](#)

Die Reichskriegsflagge wurde und wird regelmäßig von rechtsextremistischen Parteien und Organisationen öffentlich zur Schau gestellt. Ein Verbot kann zwar lediglich ein symbolischer Akt sein, ist aber dennoch ein wichtiges Signal. Dies ersetzt selbstverständlich nicht das weiterhin erforderliche aktive Eintreten für Demokratie und Toleranz in allen gesellschaftlichen Bereichen und Institutionen.